

Rüdiger Sielaff, BStU, Leiter der Außenstelle Frankfurt (Oder)

Informationspapier zur Vorlage bei der **Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des BStU** zur Einladung für den 28.05.2015

Die Expertenkommission erbat detaillierte Informationen zu folgenden Punkten:

1. Schwerpunkte der derzeitigen Aufgabenwahrnehmung; 2. Zukunftsperspektive/ Veränderungsöglichkeiten; 3. Kooperationsmöglichkeiten

Die Beantwortung erfolgt in meiner Funktion als Außenstellenleiter für die konkrete Situation der Außenstelle Frankfurt (Oder) und deren regionaler Besonderheiten. Wesentliche Kernaussagen sind übertragbar auf Außenstellen ähnlicher Größe und Struktur. Dies gilt insbesondere für die Schwerpunkte der Aufgabenwahrnehmung.

0. Einführung

Die Außenstellen sind Teilstrukturen der Gesamtbehörde. Als „Behörden im Kleinen“ repräsentieren sie an den Orten der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltungen den BStU, erfüllen die im StUG verankerten Aufgaben vor Ort und machen die Behörde in den Regionen als bürgernahe Institution sichtbar.

Mehr als 70% des kompletten Antragsvolumens des BStU gehen in den Außenstellen ein und werden dort abschließend bearbeitet.

Alle Außenstellen sind in teils sehr unterschiedliche „Aufarbeitungslandschaften“ eingebettet und agieren darin flexibel.

Dabei gibt es regional erhebliche Unterschiede, die gekennzeichnet sind von vollständiger Abwesenheit anderer politisch-historischer Informationsangebote oder dem Fehlen von bürgerschaftlichem Engagement für diese Themen bis hin zu arbeits-/ thementeiliger Einbettung in vorhandene Netzwerke politischer Bildung/ Information.

Zu den Besonderheiten im Land Brandenburg gehört, dass es in der ehemaligen Bezirksstadt Cottbus nie eine BStU-Außenstelle gegeben hat. Die Außenstelle Potsdam wurde 2008 geschlossen.

Die Außenstelle FFO des BStU befindet sich in Randlage der Stadt Frankfurt (Oder) in einem ehemaligen NVA-Kasernenkomplex. Sie beschäftigt z.Zt. ca. 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Arbeits- und Unterbringungsbedingungen für Personal und den Archivbestand entsprechen modernen Standards.

Im Vergleich zu anderen Außenstellen des BStU weist Frankfurt (Oder) folgende Besonderheiten auf:

- einzige Außenstelle des BStU im Land (in den anderen Bundesländern 2 – 3 Außenstellen)
- Verwaltung und Bearbeitung/Nutzung von zwei Archivbeständen (Frankfurt (Oder) und Cottbus; Gesamtvolumen materialintakter Papierüberlieferung ca. 6.000 lfd. Regalmeter)
- mehr als 1.500 Behältnisse (Säcke) mit handzerrissenem Material
- Durchführung manueller Rekonstruktionsarbeiten zerrissener Stasi-Unterlagen nach arbeitsorganisatorischen Möglichkeiten
- grenzüberschreitende Verbindungen zum Collegium Pollonicum (Notfallverbund Archiv) sowie zur IPN-Außenstelle Posen.

1. Schwerpunkte der derzeitigen Aufgabenwahrnehmung

a.) Archivische Arbeitsschwerpunkte

Das Archiv ist das „Herz (m)einer Außenstelle“. In den regionalen Beständen aus den ehemaligen DDR-Bezirken Frankfurt (Oder) und Cottbus (zwei Bezirksverwaltungen mit insgesamt 26 Kreisdienststellen) sind jene Unterlagen enthalten, die das Wirken des MfS bis in den kleinsten Ort des „Verantwortungsbereiches“ belegen.

Von uns angebotene Archivführungen tragen dazu bei, nachwachsende Generationen für die historischen Quellen zu interessieren und zu begeistern. Die **Archive vor Ort als Dokumentations- und Lernorte** spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Wie in der Gesamt-Behörde konzentrieren sich in der Außenstelle die personellen Kräfte auf die Fortsetzung der sachthemenatischen **Erschließung der Unterlagen**, die Durchführung von Personen- und Sachrecherchen, die **Findmittelerstellung** (intern) sowie die Erarbeitung von online-Findmitteln (für externe Nutzer/Interessenten). Hinzu kommen magazintechnische Aufgaben (Erhaltung, Konservierung).

Bei der **manuellen Rekonstruktion** von Unterlagen in meiner Außenstelle werden neben Sachakten (bspw. Arbeitspläne oder Statistiken zur operativen Arbeit) auch für die Akteneinsicht und Decknamenentschlüsselung wichtige Unterlagen wiederhergestellt (mehrere zehntausend Blätter).

Diese archivarische Arbeit bildet auch in den Regionen die Grundlage für die Nutzung der Unterlagen für die im StUG verankerten Zwecke. Die personenbezogene und/oder sachthemenatische Recherche im Archivbereich meiner Außenstelle ist (nach der verwaltungstechnischen Erfassung des Vorgangs) der **Ausgangspunkt einer jeden Antragsbearbeitung**.

b.) Bearbeitung von Anträgen/ Ersuchen

Die z.Zt. etwa 20 MitarbeiterInnen des Auskunftsbereiches bearbeiten das komplette Spektrum der im StUG verankerten Aufgabenstellungen an Auskünften/Ersuchen:

- individuelle/private Bürgeranträge einschließlich Folgeanträgen (u.a. Decknamenentschlüsselungen); § 12 StUG
- Forschungs- und Medienanträge entsprechend §§ 32-34 StUG
- Ersuchen öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen § 19 ff
- Unterrichtung der Öffentlichkeit/ historische/ politische Aufarbeitung (§ 37 StUG)

Nach wie vor besteht das größte Aufgabenfeld im Auskunftsbereich meiner Außenstelle in der **Bearbeitung individueller Bürgeranträge auf Akteneinsicht (§ 12 StUG einschließlich § 15 StUG** - Anträge zu Verstorbenen -).

Entgegen aller Prognosen hat sich das Volumen von Anträgen auf individuelle/ private Akteneinsicht nicht deutlich reduziert. Hingegen hat sich die Anzahl der unmittelbar im Auskunftsbereich tätigen Mitarbeiter in dieser Zeit um 35 % verringert (gesamtbehördlich um mehr als 40 %).

Forschungs- und Medienanträge (§§32-34 StUG) insbesondere mit starkem regionalen Bezug werden ebenfalls in der Außenstelle bearbeitet. (Themenbeispiele: „Staatsjagdgebiet Schorfheide“, „Ausstellungsprojekt Haftanstalt Cottbus“ für das dortige Menschenrechtszentrum, Projekte der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) zu „Einfluss des

MfS auf den Sport in Frankfurt (Oder)“ oder „Aktivitäten und Einflussnahme des MfS im Bereich der MfS-Kreisdienststelle Seelow“.)

Diese Anträge machen zahlenmäßig zwar einen vergleichsweise geringen Anteil am gesamten Antragsvolumen der Außenstelle aus (kontinuierlich sind ca. 15 – 20 Anträge in paralleler Bearbeitung), allerdings binden sie erhebliche Personalressourcen.

Die spezifische Kenntnis des Aktenbestandes in Verbindung mit dem Wissen um regionale Besonderheiten (sowohl des BStU-Mitarbeiters als auch des Forschers/ Journalisten) erweitert nicht selten die Recherchemöglichkeiten und -ergebnisse. Daher ist der direkte, enge Kontakt vor Ort vom regional kundigen Bearbeiter zum regional kundigen Forscher/ Journalisten von großem Vorteil.

Ersuchen nach § 19 ff und entsprechend der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze:
Ersuchen zur **Überprüfung von Personen** einschließlich Sicherheitsüberprüfungen, Renten- und Ordensangelegenheiten werden in der Zentralstelle gestellt und bei regionalem Bezug von der Außenstelle Frankfurt (Oder) intern zugearbeitet.

Als zuarbeitende Behörde werden in der Außenstelle Frankfurt (Oder) Ersuchen auf strafrechtliche Rehabilitierung für (meist) regionale Landgerichte/ Staatsanwaltschaften bearbeitet, ebenso wie entsprechend der jeweiligen SED-Unrechtsbereinigungsgesetze bei den dafür zuständigen Stellen gestellte Folgeanträge (Kapitalentschädigung, Opferpension, hier: Mitteilung von Ausschließungsgründen).

Für das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Potsdam, ist die Außenstelle Frankfurt (Oder) zuarbeitende Stelle bei Anträgen zur beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung (2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz; Nachweis der angegebenen Eingriffe und Mitteilung von Ausschließungsgründen).

c. Unterrichtung der Öffentlichkeit/ historische/ politische Aufarbeitung (§ 37 StUG)

Die Außenstelle Frankfurt (Oder) verfügt über ein Informations- und Dokumentationszentrum. Zusätzlich betreibt sie seit 2004 die Gedenkstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ (ehemalige MfS-Untersuchungshaftanstalt) im Stadtzentrum von Frankfurt (Oder). Eine wesentliche Rolle spielen Veranstaltungen, Beratungs- und Informationstage sowie Ausstellungspräsentationen außerhalb von Frankfurt (Oder).

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit verbinden wir i.d.R. Informationsangebote (Vorträge, Ausstellungen, Lesungen) mit Beratungsangeboten für die Bürger.

Die Durchführung regionaler Beratungs- und Informationsveranstaltungen im gesamten Land Brandenburg treffen die Interessenlagen der Bürger vor Ort. Sie ermöglichen es – in Auswertung der regionalen Unterlagenüberlieferung – ein ansonsten als abstrakt erlebtes Repressionssystem in seinen tatsächlichen Auswirkungen am konkreten Ort (Kreis, Gemeinde) und in konkreten sozialen Umfeldern (Junge Gemeinde, Religionsgemeinschaft, Umweltgruppe, Oppositionsgruppen vor Ort) darzustellen, begreifbar zu machen und aus dem regionalen Aktenfundus zu illustrieren.

Gerade diese Aktivitäten sind es, die ein hohes Maß an Verankerung und Akzeptanz der Behördenaufgaben in der Region bewirken. Dabei stellen Stadt-/Gemeindeverwaltungen, Kirchengemeinden, Museen oder Vereine und Bürgerinitiativen konkrete Anfragen nach Informationsangeboten an die Außenstelle und sind gleichzeitig Partner vor Ort.

Dieses Zugehen auf den Bürger wird in hohem Maße akzeptiert und von den Bürgern ausdrücklich als bürgernahes Verwaltungshandeln wahrgenommen.

Insbesondere bei den halbtägigen Beratungs- und Informationstagen im Land Brandenburg (14:00 bis 19:00 Uhr) kommen jeweils zwischen 50 und 150 Besucher.

Die Außenstelle Frankfurt (Oder) deckt dabei ein Gebiet von Elsterwerda (Elbe-Elster) über Forst/Spremberg an der polnischen Grenze bis Wittstock (Landesgrenze Mecklenburg-Vorpommern) oder Rathenow (Landesgrenze Sachsen-Anhalt) mit ihren spezifischen Informations- und Beratungsangeboten ab.

Insbesondere ältere Antragsteller vor Ort ohne Internet-Affinität bedürfen der konkreten Beratung und Hilfe beim Stellen von Anträgen auf Akteneinsicht. Ihr Interesse überwiegt auch bei der Wahrnehmung der Informationsangebote (Ausstellungen, Vorträge).

2. Zukunftsperspektive/ Veränderungsmöglichkeiten

Hinsichtlich möglicher Veränderungen in Bezug auf den Archivbestand wird von allen Außenstellen – unabhängig von der Verortung eines jeweiligen Stasi-Unterlagen-Archivs und der Frage der strukturellen und organisatorischen Einbindung – auf die **Einheitlichkeit des Archivbestandes** abgestellt.

Sie sichert die einheitliche Verwahrung und Verwaltung der Unterlagen und die Erschließung, Recherche, Bearbeitung in einer Verwaltungsstruktur nach einheitlicher Rechtsgrundlage (bspw. BArchG).

Die **personelle Situation der Außenstellen** sollte dabei so gestaltbar sein, dass bereits aktuelle Personalentscheidungen quantitativ und qualitativ zukünftigen Verwendungen in anderer struktureller Einbindung gerecht werden können – also vergleichbar zu anderen großen Archiven/Behörden.

Vor dem Hintergrund des gegenwärtig kw-dominierten und aufgaben-/funktionsunabhängigen Personalrückgangs werden die Außenstellen in dem Prozess der Mitgestaltung eines strukturellen/organisatorischen Wandels an die Grenzen des Machbaren stoßen. Zudem erschwert der unstrukturierte Personalabgang die Erfüllung aktueller Aufgabenstellungen.

Fristsetzungen für Verwendungszwecke: Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des zeitlichen Abstandes zur DDR halte ich die jetzt im StUG verankerten Fristen für einzelne Ersuchensarten (§20) für entbehrlich und verzichtbar.

Die kontinuierlich geringer werdende Anzahl von individuellen Verquickung mit den Repressionsinstrumenten der DDR scheint mir eine immer wieder auf's Neue einsetzende Diskussion zu Fristen und Fristverlängerungen nicht zu rechtfertigen.

Mit Blick auf die Praxis im Nachbarland Polen, in dem für Lustrationsverfahren keine Fristsetzungen vorgegeben sind, scheint mir dies ein denkbarer Weg für diese Antrags-/Ersuchensart auch im StUG zu sein.

Abgabe der Gedenkstättenbetreuung: Die von der Außenstelle seit 2004 betriebene Gedenkstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ wird zum Jahresende 2015 an den Träger (Stadt Frankfurt/Oder) zurückgegeben.

Damit sollen personelle Ressourcen für die Verkürzung der Wartezeiten bei der Antragsbearbeitung freigesetzt werden.

3. Kooperationsmöglichkeiten

Aktuelle Kooperationspartner für die BStU-Außenstelle Frankfurt (Oder) sind die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung kommunistischer Diktaturfolgen (LAKD) in Potsdam, die Oberkirchgemeinde Cottbus, das Menschenrechtszentrum Cottbus und die Landeszentrale für politische Bildung in Potsdam. Für den Archivbereich entwickelt sich aktuell ein grenzüberschreitender Notfallverbund (u.a. Collegium Pollonicum, Universitätsarchiv und-bibliothek Viadrina und BStU).

Im Land Brandenburg ist als letztem der ostdeutschen Bundesländer die Stelle einer „Landesbeauftragten“ eingerichtet worden. Mit Beginn dieser Tätigkeit hat es einen intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen der BStU-Außenstelle und der LAKD gegeben, der in eine konstruktive, sich ergänzende Zusammenarbeit mündete:

- Austausch von Recherchenotwendigkeiten und –möglichkeiten für die Wahrnehmung der jeweiligen Aufgaben
- Nutzung von Synergien bei Beratung und im Rahmen der Öffentlichkeits-/ Bildungsarbeit (gemeinsame Bürgerberatung/ -information, Kooperation Bildungsarbeit)
- Abstimmung Informations- und Beratungsbedarfe, spezifische Aufgabenwahrnehmung

Auf Grund der Tatsache, dass der ehemalige DDR-Bezirk Cottbus als einziger der DDR-Bezirke nie eine BStU-Außenstelle besaß, war und ist die Kooperation mit den Cottbuser Partner (Oberkirche und MRZ) besonders bedeutend.

Ausbaufähig sind m.E. die Verbindungen zu den Hochschuleinrichtungen in Frankfurt (Oder) und Cottbus (Europauniversität Viadrina und BTU Cottbus), zumal die Nähe effektive und kurze Abstimmungen zwischen universitären Antragstellern und den regionalen Quellen sichert.

Im Gegensatz zu anderen ostdeutschen Regionen existieren im nördlichen, östlichen und südlichen Brandenburg nur wenige Vereine und Initiativen, die sich der Aufarbeitung der SBZ-/SED-Diktatur widmen.

Fazit

In den Außenstellen der Regionen gibt es eine hohe Bereitschaft, sich den Veränderungen und Herausforderungen für eine zukünftige Aufgabenerfüllung der im StUG verankerten Aufgaben zu stellen und dabei auch strukturelle und organisatorische Veränderungen mitzugestalten.

Grundsätzlich wird die Frage diskutiert, ob eine Zentralisierung von Aufgaben, den Anforderungen in den Regionen gerecht werden könnte. Dies wird vor dem Hintergrund unterschiedlicher regionaler Rahmenbedingungen und Themenbesetzungen kritisch gesehen. Wünschenswert wäre die Betrachtung der BStU-Außenstellen, wie der Gesamt-Behörde, in ihrer konkreten Einbettung in vorhandene (oder ggf. nicht vorhandene) Aufarbeitungsstrukturen vor Ort (Land, Institutionen, Vereine, Bürgerinitiativen, universitäre Anbindung).

In den Ländern und Regionen haben sich unterschiedlich stark ausgeprägte und funktionierende Netzwerke der Aufarbeitung und des Miteinanders entwickelt. Diese ermöglichen einerseits eine Aufgabenteilung entsprechend der spezifischen Aufgabenstellungen. Andererseits schaffen sie ressourcenreduzierende Synergien und sich qualitativ ergänzende Angebote.

Für das Land Brandenburg, als einzigem Bundesland mit nur einer BStU-Außenstelle, einer spät geschaffenen Struktur einer Landesbeauftragten (LAKD), mit spezifischen Arbeitsschwerpunkten der Landeszentrale für politische Bildung hat sich das gegenwärtige Modell als erfolgreich, konstruktiv und nicht konkurrierend in der Zusammenarbeit bewährt und deckt den Informationsbedarf in der Fläche umfassend ab.

So liegen die Schwerpunkte der Landeszentrale für politische Bildung im Bereich epochenübergreifender Landesgeschichte und gegenwärtig besonders beim Thema Rechtsextremismus.

Das Alleinstellungsmerkmal der Außenstelle, nämlich der Umgang mit den Stasi-Akten, ihre Auswertung und die Vermittlung von Informationen daraus, wird von keiner der kooperierenden Einrichtungen als konkurrierend empfunden.

Die genannten Institutionen und die Außenstelle bilden m.E. ein gemeinsames Netzwerk, das in seiner Gesamtheit mit sich ergänzenden Angeboten diktaturprophylaktisch wirkt und die demokratischen Kräfte stärkt.